

MORNING NEWS

10. November 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.569,96	-164,06	-0,69	23.734,02	DJ 30	46.987,10	74,80	0,16	46.912,30
MDAX	28.793,94	-165,69	-0,57	28.959,63	NASDAQ	25.059,81	-70,23	-0,28	25.130,04
TEC DAX	3.479,28	-87,58	-2,46	3.566,86	Nikkei 225	50.907,68	631,31	1,26	50.276,37
Euro Stoxx50	5.566,53	-44,65	-0,80	5.611,18	Hang Seng	26.562,88	321,05	1,22	26.241,83
Bund Future	128,84	-0,28	-0,22	129,12	Euro / US-\$	1,1563	-0,00	-0,03	1,1566
Gold in US-\$	4.067,68	66,42	1,66	4.001,26	Öl (Brent) US-\$	64,17	0,54	0,85	63,63
Bitcoin / US-\$	106.066,65	1.553,80	1,49	104.512,17	Ethereum / US-\$	3.603,17	22,41	0,63	3.580,72

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.885	+316
NASDAQ Future	25.481,50	+315,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	217,89	2,24	0,01	215,65	251,96	1.128.040,00
Nokia OJ	5,92	0,04	0,01	5,88	6,84	41.161.237,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Sentix Investorvertrauen	November	10:30	-4,0 (-5,4)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,43 (1,42)	10-jährige Bonds	0,000	4,09%
Volumen NASDAQ	10,10 (11,04)	30-jährige Bonds	-0,172	4,69%

(/)=Vortag

Die **US-Börsen** haben eine turbulente Woche mit **uneinheitlicher Tendenz** beendet. Während der Dow-Jones-Index und der S&P 500 leicht zulegten, schloss der technologielastrige Nasdaq am Freitag knapp im Minus. **Sorgen über die Konjunktur**, der **längste "Shutdown" der US-Geschichte** und **hohe Bewertungen von Tech-Aktien dämpften die Risikobereitschaft der Anleger**. Gegen Handelsende konnten die Indizes ihre Verluste aus dem frühen Handel jedoch deutlich reduzieren. Berichte über **Fortschritte in der Pattsituation im Kongress**, die zu dem Regierungsstillstand geführt hatte, **sorgten für späte Käufe**.

Der US-Standardwerteindex schloss 0,2 Prozent höher mit 46.987 Punkten. Die Nasdaq gab 0,2 Prozent auf 23.004 Zähler nach, nachdem sie zwischenzeitlich bis auf 22.563 Stellen abgesackt war. Der breit gefasste S&P 500 schloss 0,1 Prozent höher mit 6728 Punkten.

Auf Wochensicht verzeichneten die drei Indizes Verluste zwischen 1,2 und rund drei Prozent. Zunehmende Bedenken über überhöhte Bewertungen von Aktien aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) belasteten den Sektor. Diese hatten in den vergangenen Monaten maßgeblich zur Rally am Markt beigetragen.

"Eine Lösung im Haushaltsstreit wird die Stimmung eindeutig verbessern, insbesondere in einer Zeit, in der der Spielraum für Fehler gering ist", sagte Terry Sandven, Chef-Anlagestrategie bei U.S. Bank Wealth Management. "Die Aktien stehen auf Allzeithochs und die Bewertungen sind hoch. Wenn der 'Shutdown' beigelegt wird, ist das eine Sorge weniger für die Anleger." Auf- und Abschwünge sowie Phasen der Konsolidierung seien Teil des normalen Auf und Ab eines Bullenmarktes, fügte Sandven hinzu.

Sorgen über den "Shutdown" spiegelten sich in der Umfrage der **Universität von Michigan** zum **Verbrauchervertrauen** im November wider. Der Index fiel auf den niedrigsten Stand seit mehr als drei Jahren. Die Einschätzung der aktuellen Lage erreichte den **pessimistischsten Wert in der Geschichte der Erhebung**. Seit der Wahl von US-Präsident Donald Trump zu seiner zweiten Amtszeit im November 2024 ist die Gesamtstimmung um 29,9 Prozent gefallen. Der Stillstand der Regierung hat zudem zu einem **Ausfall offizieller Wirtschaftsindikatoren** geführt. Dies erschwert der US-Notenbank einen klaren Blick auf den Zustand der Wirtschaft.

"Das Fliegen im Dunkeln ohne Wirtschaftsdaten aufgrund des 'Shutdowns' belastet die Anleger ebenfalls und sorgt für zusätzliche Unsicherheit", sagte Ryan Detrick, Chef-Marktstrategie bei der Carson Group. "Wir wissen, dass die Gewinne der Unternehmen stark waren, aber der Immobilienmarkt ist schwach." Zudem schwäche sich der Arbeitsmarkt eindeutig ab und die Anleger verfolgten im November bisher eine Mentalität des "erst verkaufen, dann Fragen stellen".

Bei den Einzelwerten sorgte eine weitere Verzögerung des mit Spannung erwarteten Videospiels "Grand Theft Auto VI" (GTA VI) bei Anlegern für schlechte Laune. Die Aktien des Herstellers **Take-Two Interactive** verloren 8,1 Prozent. Statt im Mai soll die Veröffentlichung nun erst im November 2026 sein.

Die Aktien des Fintech-Unternehmens **Block** sackten nach enttäuschenden Zahlen um 7,7 Prozent ab. Der bereinigte Gewinn je Aktie verfehlte im dritten Quartal mit 54 Cent die Analystenschätzungen von 67 Cent.

Papiere von **Expedia** waren dank starker Buchungen von Geschäftskunden im Aufwind. Die Aktien stiegen um 18 Prozent auf ein Rekordhoch. Das Online-Reisebüro erwartet nun für das Jahr 2025 ein stärkeres Wachstum bei Umsatz und Marge als bislang. Die Analysten von Oppenheimer hoben die "gesunde Nachfrage nach Übernachtungen" hervor. Das Wachstum in den USA habe sich beschleunigt, die internationale Nachfrage sei stark.

Die **Berichtssaison** für das dritte Quartal neigt sich dem Ende zu. Von den 446 Unternehmen im S&P 500, die bereits Zahlen vorgelegt haben, übertrafen 83 Prozent die Erwartungen.

US Unternehmen

Der US-Pharmariese **Pfizer** ist als Gewinner aus dem Bieterwettkampf mit dem Rivalen Novo Nordisk um die US-Adipositas-Spezialistin **Metsera** hervorgegangen. Pfizer steigt mit der bis zu zehn Milliarden US-Dollar (8,6 Mrd Euro) teuren Übernahme in den lukrativen Markt für Abnehmmittel ein; das soll helfen, das immer trägere Geschäft mit Covid-Medikamenten zu kompensieren. Novo Nordisk hätte sich im Erfolgsfall derweil einen Rivalen vom Hals gehalten und sich im Wettbewerb mit Eli Lilly gestärkt (dpa/AFX).

Nvidia verzeichnet laut seinem Chef eine **sehr starke Nachfrage** nach den neuen **Blackwell-Chips**. Das Geschäft wachse stark und es werde "in verschiedenen Bereichen zu Engpässen kommen", sagte Jensen Huang am Samstag vor Journalisten. Zulieferer wie **Samsung**, **SK Hynix** und **Micron** hätten ihre Kapazitäten erhöht, um Nvidia zu unterstützen. Bei seinem Besuch beim weltgrößten Chip-Auftragsfertiger TSMC sei es nicht um Preise gegangen, sondern darum, sich zu bedanken, sagte Huang (Reuters).

Der US-Elektroautobauer und Volkswagen-Partner **Rivian** will seinem **Chef** RJ Scaringe ein neues, milliardenschweres **Vergütungspaket** nach dem Vorbild von Tesla schnüren. Der Plan für den Firmengründer habe über die nächsten zehn

Jahre einen potenziellen Wert von bis zu 4,6 Milliarden Dollar, teilte das Unternehmen am Freitag mit. Damit solle Scaringe an das Unternehmen gebunden und zu Wachstum sowie Profitabilität angespornt werden (Reuters).

Nach dem Absturz einer **MD-11 Frachtmaschine** des US-Paketdienstes UPS hat die **US-Luftsicherheitsbehörde** ein **Flugverbot für dieses Modell** ausgesprochen. Das Verbot folge auf den Unfall, bei dem sich das linke Triebwerk der McDonnell Douglas MD-11 inklusive der Halterung während des Starts gelöst hatte, teilte die FAA am Sonnabend mit. Bereits zuvor hatten **UPS** und der Wettbewerber **Fedex** nach einer Empfehlung von Boeing mitgeteilt, ihre MD-11-Flotten vorerst am Boden zu lassen (dpa/AFX).

Die US-Zahlungsdienstleister **Visa** und **Mastercard** stehen einem Medienbericht zufolge kurz vor einer Einigung mit **Händlern** im langjährigen **Streit um Kreditkartengebühren**. Wie das *"Wall Street Journal"* am Samstag unter Berufung auf Insider berichtete, sollen die Gebühren gesenkt werden und Händler mehr Möglichkeiten erhalten, bestimmte Kreditkarten abzulehnen. Konkret sollen die sogenannten Interchange-Gebühren, die typischerweise zwischen zwei und 2,5 Prozent pro Transaktion liegen, über mehrere Jahre im Schnitt um rund einen Zehntelprozentpunkt gesenkt werden.

Marktmeldungen

Der Uhrenhersteller **Swatch** muss seinen Platz im **Schweizer Aktienindex SLI** an den Versicherer **Helvetia Baloise** abgeben. Der Austausch in dem 30 Unternehmen umfassenden Index findet am 22. Dezember statt, wie der Börsenbetreiber SIX mitteilte. Regulär überprüft die SIX ihre Indizes im September. Grund des außerordentlichen Wechsels ist der Rückgang des Handels mit Swatch-Aktien und der Marktkapitalisierung des Herstellers von Uhren der Marken Omega und Tissot (Reuters).

Das CDU-geführte **Verkehrsministerium** hat Insidern zufolge einen **ersten Entwurf zur Beschleunigung wichtiger Infrastrukturprojekte** in die regierungsinterne Abstimmung gegeben. Vor allem Vize-Kanzler und Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) hatte zuletzt immer wieder Druck gemacht, dass es hier schnell vorangehen müsse. Regierungskreisen zufolge soll der Gesetzentwurf im Dezember ins Kabinett kommen und dann nach der parlamentarischen Beratung ab Mitte 2026 greifen. Große Projekte sollen die Einstufung "überragendes öffentliches Interesse" bekommen. Dadurch gehen die Planungs- und Genehmigungsverfahren dann schneller. Zudem sollen Doppelprüfungen wegfallen und Verfahren digitaler werden (Reuters).

In der Diskussion über die **künftige Ausgestaltung des Wehrdienstes in Deutschland** rechnet **Verteidigungsminister Boris Pistorius** mit einer baldigen Einigung. "Nach meinem Eindruck sind wir auf der Zielgeraden und ich bin sehr optimistisch, dass wir uns einigen werden in der nächsten Woche", sagte der SPD-Politiker in den *ARD-"Tagesthemen"*. Zu Details wolle er sich als zuständiger Ressortminister derzeit nicht äußern, entscheidend seien die Beratungen zwischen den Fraktionen von Union und SPD.

Die **Nato** will künftig zur **Abschreckung** vor allem Russlands stärker die **eigenen nuklearen Fähigkeiten** herausstellen. "Es ist wichtig, dass wir mit unseren Gesellschaften mehr über nukleare Abschreckung sprechen, um sicherzustellen, dass sie verstehen, wie diese zu unserer allgemeinen Sicherheit beiträgt", sagte **Nato-Generalsekretär Mark Rutte** der *"Welt am Sonntag"*. "Wenn Russland gefährliche und rücksichtslose nukleare Rhetorik verwendet, müssen unsere Bevölkerungen wissen, dass kein Grund zur Panik besteht, da die Nato über eine starke nukleare Abschreckung verfügt, um den Frieden zu bewahren."

Nato-Generalsekretär Mark Rutte hat den **russischen Machthaber Wladimir Putin** eindringlich vor einem Angriff mit **Atomwaffen** auf den Westen gewarnt. "Und Putin muss wissen, dass ein nuklearer Krieg niemals gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf", sagte Rutte der *"Welt am Sonntag"*. Der frühere Ministerpräsident der Niederlande verwies in diesem Zusammenhang auch auf das im vergangenen Monat abgehaltene Nuklear-Manöver der Nato über der Nordsee, "Steadfast Noon". "Die Übung wurde erfolgreich abgeschlossen, was mir ein absolutes Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung der Nato verschafft", sagte Rutte. "Von der Übung ging das klare Signal an jeden Feind aus, dass die Nato ihre Verbündeten gegen alle Bedrohungen schützen kann und wird."

Bundesumweltminister Carsten Schneider rechnet wegen der **geplanten EU-Klimazölle** mit einem **Konflikt mit den USA**. "Ja, das wird eine Auseinandersetzung mit den USA geben, gar keine Frage", sagte der SPD-Politiker am Sonntag in der *ARD-Sendung "Bericht aus Berlin"*. Diesen Kampf müsse Europa jedoch suchen, da sonst eine Dekarbonisierung der heimischen Industrie nicht möglich sei. Man könne sich nicht Klimaziele ins Grundgesetz schreiben und international Vereinbarungen treffen, ohne dann auch zu liefern.

Die **Schweiz** nähert sich einem Zeitungsbericht zufolge einer Lösung im **Handelsstreit** mit den **USA**. Eine Absichtserklärung zu einer Reduzierung der US-Zölle werde in den nächsten Wochen erwartet, berichtete die Zeitung *"Blick"* am Sonntag ohne Angabe von Quellen. Eine endgültige Einigung solle dann im Januar auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos präsentiert werden. Wenn alles nach Plan laufe, würden US-Präsident Donald Trump und der künftige Schweizer Bundespräsident Guy Parmelin dort einen Plan für US-Einfuhrzölle vorstellen, die mit den 15 Prozent vergleichbar seien, die die USA mit der EU vereinbart habe. Die USA erheben bislang Zölle von 39 Prozent auf Schweizer Waren (Reuters).

Die **USA** haben **Ungarn** nach Worten von Ministerpräsident Viktor Orban einen **"finanziellen Schutzschild"** zum **Schutz** seiner **Wirtschaft** und der **Staatsfinanzen** zugesagt. "Sollte es externe Angriffe auf Ungarn oder sein Finanzsystem geben, haben die Amerikaner ihr Wort gegeben, dass sie in einem solchen Fall die finanzielle Stabilität Ungarns verteidigen würden", sagte Orban am Sonntag in einem Video, das von der Nachrichten-Webseite index.hu veröffentlicht wurde. Orban äußerte sich auf seinem Rückflug von Gesprächen mit US-Präsident Donald Trump am Freitag im Weißen Haus. Bei dem Treffen sicherte sich der langjährige Trump-Verbündete zudem eine **Ausnahme von den US-Sanktionen gegen russisches Öl und Gas**. Ungarn habe sich außerdem verpflichtet, US-Flüssigerdgas im Wert von rund 600 Millionen Dollar zu kaufen, teilte ein Vertreter des Weißen Hauses mit (Reuters).

Nach dem Besuch des **ungarischen Ministerpräsidenten** Viktor Orban bei **US-Präsident** Donald Trump sind sich beide Länder uneins über die **Dauer der Ausnahme von US-Sanktionen für russische Energielieferungen**. Ungarn bekräftigte am Samstag, man habe eine unbefristete Ausnahmeregelung der USA erhalten. Im Weißen Haus in Washington hieß es indes, die Regelung gelte nur für ein Jahr (Reuters).

Der **US-Senat** hat am Sonntag (Ortszeit) einen **entscheidenden Schritt** zur **Beendigung des 40-tägigen teilweisen Regierungsstillstands** unternommen. In einer Verfahrensabstimmung machten die Senatoren den Weg für die Verabschiedung eines Gesetzes frei, das die Regierungsgeschäfte bis zum 30. Januar finanzieren soll. Der Entwurf, der nun noch in einer finalen Abstimmung im Senat und anschließend im Repräsentantenhaus gebilligt werden muss, enthält zudem ein Paket von drei Haushaltsgesetzen für das gesamte Jahr. Erst wenn die letzten Abstimmungen abgeschlossen sind, wird das Gesetz US-Präsident Donald Trump zur Unterzeichnung vorgelegt. Der Durchbruch wurde durch eine Einigung zwischen Republikanern und einer Gruppe von Demokraten erzielt. Einer mit den Verhandlungen vertrauten Person zufolge stimmten die Republikaner zu, im Dezember eine separate Abstimmung über die Verlängerung von Zuschüssen im Rahmen der als "Obamacare" bekannten Gesundheitsreform (ACA) abzuhalten. Diese Zusage war eine zentrale Forderung der Demokraten. Die Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, die Republikanerin Susan Collins, sagte, die Einigung sehe auch die Nachzahlung der Gehälter für alle Bundesbediensteten vor. Dies schließe Mitglieder des Militärs, der Küstenwache, der Grenzpolizei und Fluglotsen ein. Zudem sollen zumindest einige der von der Trump-Regierung während des "Shutdown" vorgenommenen Massenentlassungen rückgängig gemacht werden (Reuters).

Im laufenden Haushaltsstreit hat die **Regierung von US-Präsident** Donald Trump die Bundesstaaten angewiesen, **staatliche Hilfsleistungen für den Lebensmittelkauf** gekürzt auszuzahlen. "Soweit Bundesstaaten bereits vollständige Zahlungen für November übermittelt haben, war dies nicht autorisiert. Entsprechende Schritte müssen unverzüglich rückgängig gemacht werden", hieß es in einem Memo der zuständigen Behörde, die dem US-Agrarministerium untersteht (dpa/AFX).

US-Präsident Donald Trump stellt die **Preisentwicklung in den USA** als Erfolg seiner Politik dar - doch Berichte verschiedener US-Medien zeichnen ein gemischtes Bild. Unter seiner Führung seien die Preise in den USA gesunken, "und zwar erheblich", sagte der Republikaner vor Journalisten in Washington. Die Inflation sei niedriger, Energie günstiger und Benzinpreise ebenso. "Wir haben Eier wieder auf einen normalen Preis gesenkt", sagte Trump weiter (dpa/AFX).

Die **US-Wirtschaft** könnte nach Einschätzung von Präsident Donald Trumps **Wirtschaftsberater** Kevin Hassett im vierten Quartal infolge des Shutdowns schrumpfen. Hassett verwies am Sonntag auf die weit reichenden Flugausfälle, da viele Fluglotsen wegen der staatliche Gehaltssperren nicht zur Arbeit kommen. Ein Mangel an Fluglotsen führe zu erheblichen Reiseverzögerungen vor dem Thanksgiving-Fest, sagte Hassett dem Sender CBS. "Die Zeit um Thanksgiving ist eine der umsatzstärksten Phasen des Jahres für die Wirtschaft", erläuterte er. "Und wenn die Menschen in diesem Moment nicht reisen, dann könnten wir im vierten Quartal tatsächlich ein negatives Quartal erleben." (Reuters).

Die **USA** befassen sich Außenminister Sergej Lawrow zufolge mit dem **russischen Vorschlag** zur Zukunft des atomaren Abrüstungsvertrags "**New Start**". "Uns wurde auf diplomatischem Wege mitgeteilt, dass 'die Angelegenheit geprüft wird'", sagte Lawrow am Sonntag der staatlichen Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*. Bislang gebe es jedoch keine substantielle Antwort aus Washington. Präsident Wladimir Putin hatte angeboten, die in dem Vertrag festgelegten Obergrenzen für ein Jahr über dessen Auslaufen im Februar 2026 hinaus beizubehalten, sofern die USA dies ebenfalls tun (Reuters).

Der **russische Außenminister** Sergej Lawrow erklärte sich zu einem Treffen mit seinem **US-Kollegen** Marco Rubio bereit, betonte jedoch, Russland werde nicht von seinen **Kernbedingungen für eine Beendigung des Krieges** abrücken. "Wir kommunizieren per Telefon und sind bereit, bei Bedarf persönliche Treffen abzuhalten", sagte Lawrow. Zu den Bedingungen Moskaus zähle der Verzicht Kiews auf eine Nato-Mitgliedschaft sowie der Abzug ukrainischer Truppen aus den vier von Russland beanspruchten Gebieten. Mit Blick auf die im Westen eingefrorenen **russischen Vermögenswerte** warnte Lawrow, die 210 Milliarden Euro dürften nicht zur Finanzierung der Ukraine verwendet werden. Russland werde Vergeltung üben, sollten die Gelder beschlagnahmt werden (Reuters).

Die **russischen Streitkräfte** haben nach **Angaben des ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj in der Nacht mit 450 **Drohnen** angegriffen. Auch 45 **Raketen** seien auf Ziele in der Ukraine abgefeuert worden. Die Angriffe hätten dem Energiesektor und anderer Infrastruktur gegolten. Selenskyj bekräftigt seine Forderung an die Verbündeten seines Landes, schärfere Sanktionen gegen den russischen Energiesektor zu verhängen (Reuters).

Die **russischen Streitkräfte** haben nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau in der Nacht zum Samstag 83 **ukrainische Drohnen** abgefangen. Die meisten seien über den Gebieten zerstört worden, die direkt an die Ukraine grenzen, teilt das Ministerium mit (Reuters).

Die Nachrichtenagentur RIA meldet unter Berufung auf das **russische Verteidigungsministerium** den Abschuss von 71 **ukrainischen Drohnen** in der Nacht durch die russische Luftabwehr (Reuters).

Der **ukrainische Energieversorger** Zentroenergo kann nach eigenen Angaben aufgrund schwererer russischer Luftangriffe keinen Strom mehr produzieren. Die nach früheren Angriffen noch betriebenen **Anlagen** in den Regionen **Kiew** und **Charkiw** seien **nicht mehr betriebsfähig**. "Unsere Erzeugung liegt jetzt bei Null", teilt das Unternehmen mit. Zentroenergo hatte zuletzt rund acht Prozent des Stroms in der Ukraine produziert (Reuters).

Der **Sekretär des russischen Sicherheitsrates**, Sergej Schoigu, ist am Sonntag an der Spitze einer großen Delegation zu **Militärgesprächen in Ägypten** eingetroffen. Schoigu werde unter anderem Präsident Abdel Fattah al-Sisi treffen, meldete die Nachrichtenagentur RIA. "Zu den vorrangigen Themen gehören die Aussichten für die Umsetzung der auf höchster Ebene getroffenen Vereinbarungen, einschließlich der militärischen und militärisch-technischen Zusammenarbeit", zitierte die Agentur eine Erklärung des Pressedienstes des russischen Sicherheitsrates (Reuters).

Israel erhält nach Angaben des Büros von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu aus dem Gazastreifen die **sterblichen Überreste eines weiteren Bürgers**. Laut der radikal-islamischen **Hamas** handelt es sich um den Soldaten Hadar Goldin,

der bereits 2014 aus dem Hinterhalt getötet worden war. Seine Überreste sollen in einem Tunnel in Rafah im Süden des Gaza-Streifens gefunden worden sein. Eine formelle Identifizierung steht der israelischen Mitteilung zufolge noch aus (Reuters).

Die im von Israel kontrollierten Gebiet **Rafah** im Gazastreifen eingekesselten **Hamas-Kämpfer** wollen sich nicht ergeben und drohen mit einem Bruch der Waffenruhe. "Der Feind muss wissen, dass das Konzept der Kapitulation und der Übergabe im Wörterbuch der Al-Kassam-Brigaden nicht existiert", teilte der bewaffnete Teil der Hamas am Sonntag mit. Die radikal-islamische **Palästinenserorganisation** nahm die **Vermittler** in die Pflicht. Diese müssten eine Lösung finden, um die Fortsetzung der Waffenruhe zu gewährleisten und zu verhindern, dass Israel die Lage ausnutze, um unschuldige Zivilisten im Gazastreifen anzugreifen (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Im Streit über ausbleibende Chiplieferungen des für die Autoindustrie wichtigen Zulieferers **Nexperia** gibt es nach Angaben von **EU-Handelskommissar** Maros Sefcovic ermutigende Fortschritte. Wie Sefcovic mitteilte, hat das chinesische Handelsministerium am Samstag gegenüber der Europäischen Kommission bestätigt, dass **Ausfuhrverfahren** für Nexperia-Chips weiter **vereinfacht** werden. Das Handelsministerium in Peking bestätigte am Sonntag eine Lockerung der Exportbeschränkungen. Ausnahmen von der seit Anfang Oktober geltenden Sperre würden für zivile Zwecke gewährt, erklärte das Ministerium ohne nähere Erläuterung (dpa/AFX/Reuters).

Die **Autoindustrie** hat nach Worten eines hochrangigen VW-Managers wieder erste Lieferungen von **Nexperia-Chips** erhalten. "Erste Exporte hat es bereits gegeben", sagte **VW-Chinavorstand** Ralf Brandstätter in einem am Freitag veröffentlichten "*Handelsblatt*"-Interview. "Das chinesische Handelsministerium hat nach der Einigung mit den USA schnell reagiert und erklärt, kurzfristig Ausnahmegenehmigungen zu erteilen." Wie schnell und nachhaltig dieses System funktioniere, sei insbesondere von den Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik abhängig. Zwar sei die Produktion des Wolfsburger Autobauers in China derzeit nicht betroffen, doch die Situation Sorge insgesamt für Unsicherheiten. Zuvor hatte bereits der Autozulieferer **Aumovio** nach eigenen Angaben eine Ausnahmegenehmigung für den Export von Nexperia-Chips aus China erhalten. Das Unternehmen rechne vor diesem Hintergrund nicht mehr mit Kurzarbeit in Deutschland.

Finanzdienstleistungen

Die britische Beteiligungsgesellschaft **Permira** steht einem Bericht der "Financial Times" zufolge kurz vor der Übernahme des britischen Fondsverwalters **JTC** für mehr als zwei Milliarden Pfund (etwa 2,3 Milliarden Euro). Die Bekanntgabe der geplanten Übernahme werde bereits am Montag erwartet, hieß es in dem Bericht vom Sonntag (Reuters).

Gesundheitswesen

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) will den durchschnittlichen ausgabendeckenden **Zusatzbeitrag für die Krankenkassen** auf 2,9 Prozent festlegen. "Unsere Aufgabe ist es, gemeinsam im sogenannten Schätzerkreis mit den Kassen und anderen Experten festzulegen, wie hoch der durchschnittliche ausgabendeckende Zusatzbeitrag zu erwarten ist. Und den werden wir an diesem Montag auf 2,9 Prozent festlegen und veröffentlichen", sagte Warken laut einem Vorab-Bericht der "*Rheinischen Post*".

Industrie

Die **Bundewehr** soll 20 weitere **leichte Kampfhubschrauber** von **Airbus** für knapp eine Milliarde Euro bekommen. Dies geht aus einer Vorlage des Finanzministeriums für den Ausschuss hervor, die der Nachrichtenagentur *Reuters* am Sonntag vorlag. Die Helikopter des Typs H145M für 931 Millionen Euro von Airbus sollen aus dem Sondervermögen der

Bundeswehr finanziert werden. Zunächst hatte die Agentur *Bloomberg* über die geplante Order berichtet. Die Auslieferung der Maschinen durch Airbus Helicopters aus Donauwörth ist für die Jahre 2027 bis 2029 geplant. An dem Rüstungsprojekt sind zahlreiche Unterauftragnehmer beteiligt. Der deutsche Rüstungselektronik-Konzern **Hensoldt** liefert das System für den "Elektronischen Kampf", inklusive von Nachtsichtbrillen. Das Verteidigungsministerium erklärte, es könne vor der parlamentarischen Befassung keine Beschaffungsvorhaben kommentieren oder bestätigen. Nach der parlamentarischen Befassung werde es über die bekannten Kanäle informieren (Reuters).

Medien

Der **Bundesdrogenbeauftragte** Hendrik Streeck (CDU) hat sich für **Altersfreigaben und Schutzmechanismen** für **soziale Netzwerke** nach dem Vorbild der FSK ausgesprochen. "Ich halte es für sinnvoll, über gestaffelte Altersgrenzen nachzudenken - ähnlich wie bei der FSK im Filmbereich", sagte Streeck den Zeitungen der *Funke Mediengruppe*.

Der **Chef** der britischen Rundfunkanstalt **BBC**, Tim Davie, ist nach Vorwürfen **zurückgetreten**, der Sender habe Aussagen von US-Präsident Donald Trump verfälscht. Auch Nachrichtenchefin Deborah Turness nimmt nach Angaben des Senders vom Sonntagabend ihren Hut. Auslöser der Entwicklung war ein der Zeitung "Daily Telegraph" zugespielter interner BBC-Bericht, in dem es schwere Vorwürfe gegen die Berichterstattung des Senders gab - vor allem wegen eines Beitrags über Trump. Das Weiße Haus in Washington hatte die BBC daraufhin als "Propagandamaschine" bezeichnet. Im Zentrum der Kritik steht eine Dokumentation der bekannten Sendung "Panorama". Dem internen BBC-Bericht zufolge wurden darin zwei Teile einer Rede Trumps vom 6. Januar 2021 so zusammengeschnitten, dass der Eindruck entstand, er habe zum Sturm auf das Kapitol in Washington aufgerufen. Davie leitete die BBC seit 2020. Er erklärte am Sonntag, die Entscheidung zum Rücktritt habe er alleine getroffen. Er werde noch einige Monate im Amt bleiben, bis ein Nachfolger gefunden sei. Aus dem Umfeld des Senders hieß es, die Entscheidung habe den BBC-Verwaltungsrat überrascht (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Der **teilweise Stillstand der Regierungsgeschäfte** in den **USA** wirkt sich zunehmend auf den **Flugverkehr** aus. Am Samstagnachmittag (Ortszeit) waren nach Angaben der Website "FlightAware" mehr als 1.000 Flüge innerhalb der USA, in die USA hinein oder aus den USA heraus gestrichen. Fast 4.400 weitere Verbindungen waren demnach verspätet (dpa/AFX).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

